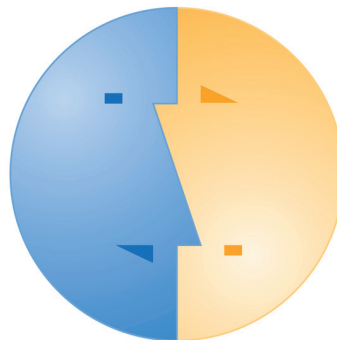


The Demographic Future of Europe – Facts, Figures, Policies

Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study (PPAS)



D I A L O G

Population Policy Acceptance Study (PPAS)

Herausgeber:

BiB

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
Federal Institute for Population Research
Institut Fédéral de Recherches Démographiques

ROBERT BOSCH STIFTUNG

Vorwort der ROBERT BOSCH STIFTUNG

Die Ergebnisse des von der Europäischen Kommission geförderten und vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung unter Leitung von Charlotte Höhn koordinierten DIALOG-Projekts „Population Policy Acceptance Study“ gibt Gelegenheit zu verfolgen, was die Bevölkerung in vierzehn europäischen Ländern denkt, wenn es um Familie, Kinder, Partnerschaft, Gleichstellung und Alter geht. Mehr als 30 000 Menschen von der Nordsee bis ans Mittelmeer, vom Donaudelta bis an den Ärmelkanal sind dafür in jahrelanger Arbeit von Experten befragt worden.

Die Ergebnisse spiegeln grundlegende Umbrüche. Auf der einen Seite die Globalisierung und die Notwendigkeit zur Flexibilisierung, auf der anderen Seite Bürger, die ihrem lokalen Umfeld und tradierten Werten verhaftet bleiben wollen. In der Folge altert Europa rapide, absolut und relativ zu einer drastisch sinkenden Geburtenrate. Während für den Einzelnen die längere Lebenserwartung ein Zugewinn ist, sind damit auf gesellschaftlicher Ebene gravierende Probleme verbunden, die in den gewachsenen Strukturen nicht gelöst werden können.

Besorgniserregend erscheint dabei die Entwicklung in Deutschland, Österreich, Belgien, Italien und Tschechien, wo der Kinderwunsch stark

im Abnehmen begriffen ist. Wenn die Furcht vor der Zukunft in sechs Ländern als ein Hauptgrund für ein Leben ohne Kinder genannt wird, dann bedeutet das, daß Grundlagen für einen neuen Optimismus geschaffen werden müssen, wenn die Geburtenraten wieder steigen sollen. Das ist um so wichtiger, als die Entscheidung für Kinder eine langfristige und unkündbare Entscheidung ist, die auf Vertrauen in die Lebensverläufe basiert. Gleichzeitig belegen die Befunde erneut, daß es vermehrter Anstrengungen bedarf, um junge Menschen früher dazuzubringen, eine Familie zu gründen.

Die vorliegende Umfrage zeigt auch, daß man sich in allen Ländern eine größere Flexibilität in der eigenen Lebensplanung und eine effizientere Nutzung der finanziellen Ressourcen wünscht. Die Frage, worum sich Regierungen kümmern sollen, wird in Europa sehr unterschiedlich beantwortet. In erster Linie wird der Staat in der Verantwortung für Gesundheit und die Bereitstellung von Arbeit für junge Menschen gesehen. Der Ruf nach dem Staat ist am wenigsten in Tschechien, Rumänien und den Niederlanden ausgeprägt.

Weitgehend akzeptiert werden von den Befragten die Aussagen, die Arbeitskraft von Frauen und Männern in Familie und Beruf besser zu nutzen,

unsere älteren Mitbürger über Generationen hinweg einzubinden und die Eigenverantwortung des Einzelnen in unseren Gesellschaften zu stärken. Obwohl die Alterungsprozesse Europas als negativer Trend gesehen werden, bewerten die Europäer den Beitrag Älterer für die Gesellschaft positiv. Diese Zustimmung muß allerdings auch in einer stärkeren Bereitschaft münden, sich im Sinne der Generationensolidarität um Alte zu kümmern. Die Umfrage zeigt die grundsätzliche Bereitschaft der Europäer, in Zukunft länger zu arbeiten, sie gibt aber noch nicht die Sicherheit, daß die individuelle Bereitschaft nach dieser Einsicht zu handeln damit auch gegeben wäre.

Die Robert Bosch Stiftung dankt allen am DIALOG-Projekt für ihre wertvolle Arbeit.



Dr. Ingrid Hamm
Geschäftsführerin
Robert Bosch Stiftung

Vorwort des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Europa durchlebt einen tiefgreifenden demographischen Wandel. Jede Kindergeneration ist zahlenmäßig kleiner als die ihrer Eltern, der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung wird immer kleiner, der der Älteren wächst unaufhörlich. Immer weniger Menschen heiraten, immer mehr Ehen scheitern. Viele Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens sind davon berührt, denken Sie nur an die Herausforderungen, die das Altern der Bevölkerung an die sozialen Sicherungssysteme stellt. Politik und Gesellschaft sind gezwungen, sich auf den demographischen Wandel einzustellen. Viele Menschen in Europa sehen mit Besorgnis auf diese Veränderungen und erwarten von der Politik und der Wissenschaft Lösungsstrategien.

DIALOG - Population Policy Acceptance Study, deren Ergebnisse wir in dieser Broschüre vorstellen, ist ein Forschungsprojekt, das exakt im Spannungsfeld von Bevölkerung, Politik und Wissenschaft angesiedelt ist. Als ein Instrument zur Erfragung von Meinungen und Einstellungen zum demographischen Wandel und damit verwandten Politiken ist es auf hervorragende Art und Weise geeignet, Politik, Bevölkerung und Wissenschaft in einen Diskurs zu bringen.

Im Rahmen der PPAS sind Menschen in 14 europäischen Ländern zu ihren Meinungen über Familie und Familienpolitik, über den Kinderwunsch und den Umständen, die seiner Erfüllung entgegen stehen, über die Rolle älterer Menschen in unseren Gesellschaften und die Erwartungen an eine erfolgreiche Seniorenpolitik, über das partnerschaftliche Zusammenleben in verschiedenen Lebensformen und über Politiken, die die Gleichstellung der Geschlechter fördern und über das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit befragt worden. Wir, das Forscherteam der Population Policy Acceptance Study wollen Öffentlichkeit und Politiker darüber informieren, wie die Europäer über den demographischen Wandel denken und welche Erwartungen sie an die Ausgestaltung bevölkerungsrelevanter Politiken haben.

Aus diesem Grund veranstaltet das DIALOG Projektteam gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, das als Projektkoordinator tätig ist, und der ROBERT BOSCH STIFTUNG den Workshop „Welche bevölkerungsrelevanten Politiken erwarten die Europäer?“. Daran ist das Ziel geknüpft, die im Rahmen der PPAS gewonnenen Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zu präsentieren und mit Politikern in einen Austausch darüber einzutreten.

In der hier vorliegenden Broschüre sind die Befragungsergebnisse in komprimierter Form beschrieben. In Hauptaussagen werden die wichtigsten Ergebnisse herausgestellt, daneben werden die Länderunterschiede hervorgehoben und die politischen Konsequenzen der Ergebnisse herausgestellt.

Bedanken möchte ich mich bei der Europäischen Kommission und der ROBERT BOSCH STIFTUNG. Durch die Förderung des Projektes hat die Europäische Kommission zum Gelingen der international vergleichenden Auswertungen beigetragen. Der ROBERT BOSCH STIFTUNG verdanken wir, dass sich Wissenschaftler und Politiker zu demographischen Themen austauschen konnten. Und nicht zuletzt möchte ich allen an der PPAS beteiligten Kollegen aus PPAS-Partnerländern Dank sagen für die erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit der letzten Jahre.



Dr. Charlotte Höhn
Direktorin und Professorin

Inhaltsverzeichnis

Was ist DIALOG – Population Policy Acceptance Study?	5
Immer weniger Ehen, immer weniger Kinder? – Einstellungen zu den demographischen Trends	6
Allein oder in einer Familie leben? – Bevorzugte Lebensformen	8
Keine Kinder mehr gewünscht? – Der Kinderwunsch von Frauen und Männern	10
Was spricht gegen Kinder? – Gründe, warum keine Kinder geboren werden	12
Zeit oder Geld? – Erwartungen an die Familienpolitik	14
Vereinbaren oder zu Hause bleiben? – Bevorzugtes Vereinbaren von Familie und Beruf	16
Können erwerbstätige Frauen gute Mütter sein? – Einstellungen zu Frauen im Beruf	17
Frau, Mann oder Beide? – Einstellungen zu Geschlechterrollen	18
Was ist wichtig im Leben? – Wertorientierungen	20
Besorgnis über den demographischen Wandel? – Bewertung des Alterns	22
Ins Heim gehen oder zu Hause bleiben? – Bevorzugte Lebensform im Alter	24
Werden Ältere geschätzt und gebraucht – Einstellungen zu älteren Menschen	25
Was kann für Ältere getan werden? – Gewünschte Maßnahmen	27
Wann in Rente gehen? – Bevorzugtes und erwartetes Renteneintrittsalter	28
Wie die Renten sichern? – Akzeptierte Maßnahmen	29
Worum sollten sich Regierungen kümmern? – Erwartungen und Zuweisungen	30
Die Partnerinstitution der Population Policy Acceptance Study	31

Was ist DIALOG – Population Policy Acceptance Study?

DIALOG - Population Policy Acceptance Study - The Viewpoint of Citizens and Policy Actors Regarding the Management of Population Related Change (PPAS) ist ein international vergleichendes Forschungsprojekt, in dem die Einstellungen der Bevölkerung zum demographischen Wandel und zu bevölkerungsrelevanten Politiken erforscht werden. Hintergrund ist, dass in Europa mit der niedrigen Geburtenhäufigkeit, der steigenden Scheidungshäufigkeit, dem Anstieg der Lebenserwartung und dem Altern der Bevölkerung ähnliche demographische Trends verlaufen, die die sozialen Sicherungssysteme vor neuen Herausforderungen stellen und damit Politik relevant geworden sind.

Übergreifendes Ziel der Studie ist es, europaweit vergleichende Analysen zu Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung über den demographischen Wandel, die Kenntnisse über die Größenordnungen demographischer Trends, das Geburtenverhalten, den Austausch von Ressourcen und Hilfeleistungen zwischen den Generationen, den Geschlechterrollen und die Erwartungen an bevölkerungsrelevante Politiken anzustellen und Informationen für die Ausgestal-

tung dieser Politikbereiche zu liefern. Diesem Ziel dient auch der gemeinsam mit der ROBERT BOSCH STIFTUNG organisierte Workshop mit dem Titel „Welche bevölkerungsrelevanten Politiken erwarten die Europäer?“.

Das Projekt ist von der EU gefördert (Contract No. HPSE-CT-2002-00153) und wird vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung koordiniert. An der Studie teilgenommen haben 14 europäische Länder: Österreich, Belgien, Zypern, Tschechien, Estland, Finnland, Deutschland, Ungarn, Italien, Litauen, die Niederlande, Polen, Rumänien und Schweden. Zusätzlich hat sich die Schweiz an der Delphi-Studie beteiligt. Insgesamt sind im Zeitraum von 1999 bis 2003 in den Ländern der PPAS mehr als 34 Tausend Frauen und Männer in der Altersgruppe von 18 bis 75 Jahren befragt worden.

Einen wichtigen Platz nehmen in der PPAS der Wandel der Familie und seine Folgen ein. Es ist z.B. gefragt worden, wie die steigende Zahl unverheiratet zusammenlebender Paare, der Anstieg der Kinderlosigkeit oder Rückgang der Eheschließungen beurteilt werden. Das Forschungsprojekt ist auf die Gründe des Ge-

burtenrückgangs und der späten Eheschließungen ausgerichtet, es werden die gewünschten partnerschaftlichen Lebensformen und die Ideale des Vereinbarens von Familie und Erwerbstätigkeit ebenso erforscht wie der Kinderwunsch und die Erwartungen an die Familienpolitik, um die Kinderwünsche erfüllbarer zu machen.

Das Projekt trägt den Titel „DIALOG“, da es eines der Hauptziele der Studie ist, den Dialog zwischen Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft zu befördern und den Politikern aufgrund der Forschungsergebnisse Handlungsoptionen zu offerieren. Vertreter des öffentlichen Lebens aus Politik, Kultur, Industrie oder Journalismus waren aber auch selbst im Rahmen einer Delphi Studie in die PPAS einbezogen, in der sie die Aufgabe hatten, Zukunftsszenarien und Maßnahmen ihrer Realisierung zu entwerfen.

Eine ausführliche wissenschaftliche Darstellung der international vergleichenden PPAS-Ergebnisse erfolgt im Jahr 2006. Die beim Springer Verlag erscheinenden Bände 1 und 2 werden den Titel „People, Population change and Policies“ tragen.

Immer weniger Ehen, immer weniger Kinder? – Einstellungen zu den demographischen Trends

Die Muster der Familienbildung in Europa haben sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend gewandelt. In der Mehrheit der Teilnehmerländer der PPAS ist ein sehr niedriges Geburtenniveau zu beobachten. Die durchschnittlichen Kinderzahlen des Jahres 2003 betragen 1,2 – 1,4. Ausnahmen sind Finnland und die Niederlande mit 1,7 Kindern je Frau. Immer mehr Kinder werden von unverheirateten Müttern zur Welt gebracht. Werte von 30 % – 40 % stellen keine

Seltenheit mehr dar. Lediglich in Zypern (3,5 %), Italien (13,6 %) und in Polen (15,8 %) sind die Frauen bei der Geburt ihrer Kinder seltener unverheiratet. Der Anteil der geschiedenen Ehen steigt bei großen Unterschieden zwischen den Ländern an. Der niedrigste Wert wurde in Italien mit 13 % und der höchste in Finnland mit 51 % gemessen. Mit Ausnahme Italiens erreicht die zusammengefasste Ehescheidungsziffer Werte von über 20 %.

Familien gefährdende Trends werden generell negativ bewertet.

Demographische Trends, in denen eine Gefährdung des Zusammenlebens in Familien angezeigt wird, werden stark negativ bewertet. Dazu gehören der Anstieg der Ehescheidungen (im Durchschnitt aller Länder haben 79 % mit negativ oder sehr negativ geantwortet), der Rückgang der Geburtenzahlen (75 %), die steigende Zahl Alleinerziehender (75 %) sowie

Bewertung demographischer Trends, Befragte bis 50 Jahre (negativ und sehr negativ in %)

Länder	Rückgang der Geburtenzahlen	Anstieg der Ehescheidungen	Steigende Zahl kinderloser Paare	Steigende Zahl der Alleinerziehenden	Rückgang der Zahl der Eheschl.	Anstieg der Zahl der Singles	Anstieg der Zahl unverh. Paare	Anstieg der Geburten in NLG
Österreich	80	77	66	54	30	50	17	25
Belgien	59	81	34	64	20	30	8	18
Tschechien	83	86	62	77	36	61	15	29
Finnland	81	91	66	87	44	75	21	26
Deutschland	82	71	65	67	34	52	19	20
Ungarn	91	90	84	94	52	92	25	68
Italien	82	80	59	86	52	77	29	51
Litauen	92	90	82	88	63	84	27	33
Niederlande	21	83	22	67	13	23	8	12
Polen	70	81	63	76	51	63	37	57
Slowenien	92	85	81	87	43	80	22	36
Zypern	89	90	84	79	-	57	35	83

die Zunahme der Zahl der Singles (61 %) und der kinderlosen Paare (60 %).

Der Bedeutungsrückgang der Ehe wird weniger negativ, eher neutral gesehen

Toleriert wird in Europa weitgehend, dass die Zahl unverheirateter Paare ansteigt, dass Kinder geboren werden, deren Eltern in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben und dass die Zahl der Eheschließungen sinkt.

Die Bewertung der familiendemographischen Trends bringt zum Ausdruck, dass das Zusammenleben als Paar mit Kindern in den Einstellungen der Menschen Europas noch immer einen hohen Stellenwert besitzt. Die Familiengründung muss aber nicht mehr unbedingt auf einer Ehe aufbauen.

Große Unterschiede zwischen den Ländern - weniger tradierte Einstellungen in Belgien und den Niederlanden

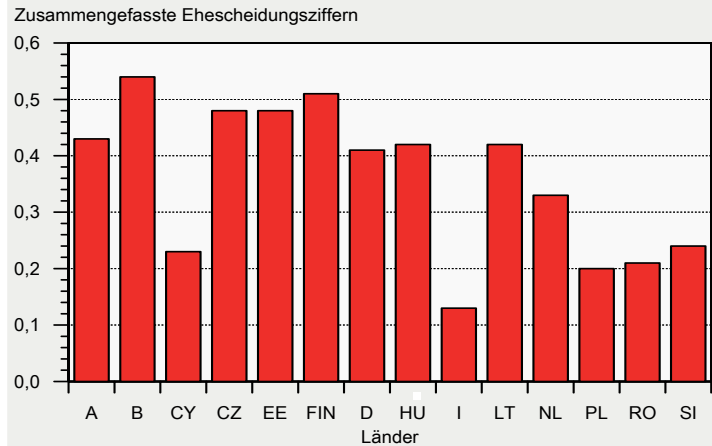
Weitgehend einheitlich sind die Bewertungen bei den am häufigsten abgelehnten demographischen Trends - dem Anstieg der Ehescheidungen, dem Rückgang der Geburtenzahlen und der steigenden Zahl Alleinerziehender. In den Niederlanden, in denen eine im europäischen Vergleich hohe Geburtenhäufigkeit besteht, wird der Rückgang der Geburtenzahlen mit 21 %

deutlich weniger negativ gesehen. In Belgien und den Niederlanden werden die steigende Zahl der kinderlosen Paare, der nichtehelichen Lebensgemeinschaften, der Singles sowie der Rückgang der Eheschließungen und die wachsende Zahl von Geburten bei unverheirateten Paaren weniger kritisch gewertet.

Im Trend traditionellere Bewertungen in Südeuropa und den ehemals sozialistischen Ländern

Aussagen, die eine Abkehr von Ehe und Kindern beinhalten (Kinderlosigkeit, steigende Zahl der Singles, nichteheliche Geburten) werden in Südeuropa und den ehemals sozialistischen Ländern in stärkerem Maße abgelehnt. Kaum akzeptiert wird in allen Ländern die steigende Zahl Alleinerziehender.

Zusammengefasste Ehescheidungsziffern, PPAS-Länder, 2002/2003



Politische Schlussfolgerungen:

In den Einstellungen der Bevölkerung hat die ausschließliche Verknüpfung von Ehe und Familie an Bedeutung verloren. Familienpolitische Modelle, die Familienförderung allein an die Ehe knüpfen, erscheinen nicht mehr zeitgemäß. Familienförderung sollte dort stattfinden, wo Erwachsene mit minderjährigen Kindern zusammenleben.

Allein oder in einer Familie leben? – Bevorzugte Lebensformen

Verheiratet sein und Kinder haben ist die am häufigsten bevorzugte Lebensform

Persönlich favorisiert die Mehrheit der Befragten in allen Ländern als Lebensform die Ehe und möchte Kinder haben. Mit mehr als 80 % findet diese Lebensform in Polen, Italien und Litauen die höchste Zustimmung. Am wenigsten akzeptiert ist die Heirat in den Niederlanden und in Deutschland mit ca. 53 %.

Die Länder der PPAS unterscheiden sich allerdings hinsichtlich des gewünschten Weges zu

dieser Lebensform. In Tschechien, Finnland, Italien, Litauen und Polen wird eine Ehe, zu der Kinder gehören, ohne vorheriges Zusammenleben bevorzugt. In Deutschland und den Niederlanden wird vor der Heirat das Zusammenleben in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft präferiert.

Lebensformen ohne Kinder erlangen eine größere Bedeutung

Eine absolute Dominanz der Ehe mit Kindern unter den Lebensformen ist noch in Finnland, Litauen und Polen anzutreffen. Das zeigt sich

auch darin, dass Lebensformen ohne Kinder kaum gewünscht sind. 8,7 % der Befragten in Polen, 11,8 % in Litauen und 13,0 % in Finnland bevorzugen eine Lebensform ohne Kinder. In Tschechien (26,7 %), in Deutschland (28,4 %) und in den Niederlanden (31,3 %) ist dieser Anteil bedeutend höher.

Allein leben - mit oder ohne Kinder - ist nicht erwünscht

Nur sehr wenige der Befragten bevorzugen es, allein zu leben. Mit der Ausnahme Deutschland

wollen in den übrigen Ländern nur ca. 3 % nicht in einer Partnerschaft leben. In Deutschland ist dieser Anteil mit 13,3 % deutlich höher. Hält man das Alleinleben für die angestrebte Lebensform, wünscht man sich keine Kinder. Nur eine sehr kleine Minderheit möchte keinen Partner, aber Kinder haben.

Bevorzugte Lebensformen, Befragte bis 50 Jahre (in %)

Lebensform	Kinder	Tschechien	Finnland	Deutschland	Italien	Litauen	Niederlande	Polen
Allein leben	mit Kindern	1,3	1,0	2,8		1,5	0,3	1,3
	ohne Kinder	2,4	2,1	10,5		1,7	2,5	2,1
Partnerschaft mit getrennten Haushalten	mit Kindern	2,4	1,9	4,6	1,2	1,4	2,6	1,0
	ohne Kinder	4,9	2,7	6,4	1,8	0,9	5,3	1,2
Nichteheliche Lebensg. ohne Heiratsabsichten	mit Kindern	4,9	7,1	6,4	5,3	3,4	9,0	1,7
	ohne Kinder	3,4	3,5	5,4	1,3	1,3	5,7	0,9
Ehe mit vorherigem Zusammenleben	mit Kindern	22,9	27,6	40,7	27,6	13,9	43,6	8,1
	ohne Kinder	14,1	2,7	4,3	2,6	3,7	13,3	2,4
Ehe ohne vorheriges Zusammenleben	mit Kindern	41,2	48,2	12,2	58,2	67,4	9,5	78,3
	ohne Kinder	1,2	1,8	0,6	2,0	3,4	3,0	1,3
Wohngemeinschaft	mit Kindern	0,0	0,5	2,2		0,2	1,0	0,6
	ohne Kinder	0,7	0,2	1,2		0,8	1,5	0,8



Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind eine Vorstufe zur Ehe

Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne spätere Heiratsabsichten stellen eine wenig präferierte Lebensform dar. Am häufigsten wird diese Lebensform in den Niederlanden mit 14,7 % gewünscht. Auch in Deutschland und Finnland sind die Werte mit 11,8 bzw. 10,6 % noch relativ hoch. Kaum Bedeutung besitzt sie in Polen mit 2,6 %. Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Heiratsabsicht werden sowohl mit als auch ohne Kinder angestrebt.

besitzt die nichteheliche Lebensgemeinschaft als Vorstufe zur Ehe in Polen und Litauen.

Werden Kinder gewünscht, dann sind nichteheliche Lebensformen relativ bedeutungslos

Mit Kindern zusammen leben möchten die Befragten vornehmlich auf der Grundlage einer Ehe. Das Alleinleben mit Kindern, Partnerschaften bei getrennter Haushaltsführung und dauerhaft nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern sind selten als bevorzugte Lebensformen genannt worden. Allerdings haben vor allem

Dagegen ist der Anteil derjenigen, die zunächst eine nichteheliche Lebensgemeinschaft eingehen möchten und dann erst heiraten wollen, relativ hoch. In den Niederlanden mit 56,9 % und in Deutschland mit 45 % ist dieser Weg der Familiengründung am populärsten. Werte von wenig mehr als 30 % werden in Tschechien, Finnland und Italien erreicht. Wenig Bedeutung

in den Niederlanden und in Deutschland, einige dieser Lebensformen eine häufigere Nennung erfahren. 9,0 % der Niederländer sehen eine nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kindern ohne spätere Heirat als bevorzugtes Modell an (Deutschland: 6,4 %)

Partnerschaftliches Zusammenleben ohne gemeinsame Haushaltsführung wenig populär

Das sogenannte ‚living apart together‘ hat unter den gewünschten Lebensformen nur eine sehr geringe Bedeutung inne. In Deutschland favorisieren das ‚lat‘ mit 11,0 % die meisten Befragten. Mit Ausnahme der Niederlande sind in den übrigen Ländern die Werte niedriger als 5 %.

Politische Schlussfolgerungen:

Die Ehe mit Kindern steht im Zentrum der persönlich bevorzugten Lebensformen. Die Wege dorthin sind aber differenzierter geworden, nichteheliche Lebensformen haben einen Bedeutungszuwachs erlangt. Gleichzeitig bestehen noch immer deutliche Ost-West Unterschiede in Europa in den Einstellungen zur Familie. Die Familienpolitik der einzelnen Länder sollte diese Besonderheiten berücksichtigen.

Keine Kinder mehr gewünscht? – Der Kinderwunsch von Frauen und Männern

Durchschnittlich 2 Kinder gewünscht

Der Kinderwunsch in Europa orientiert sich im Durchschnitt nach wie vor auf die Zwei-Kind-Familie. In jedem der PPAS-Länder wollen mehr als die Hälfte aller Frauen und Männer 2 oder mehr Kinder haben. Lediglich in Zypern werden am häufigsten 3 oder mehr Kinder gewünscht. Nur in 4 Ländern ist der Kinderwunsch niedriger als 2.

Große Unterschiede zwischen den Ländern

Mit durchschnittlich 2,4 Kinder erreicht der Kinderwunsch in Zypern die höchsten Werte. In Polen werden 2,3 Kinder gewünscht. Relativ hohe Kinderwünsche von über 2 bestehen noch in Finnland, Estland und Litauen sowie nur bei den Frauen in Ungarn und den Niederlanden. Dagegen ist in vier europäischen Ländern

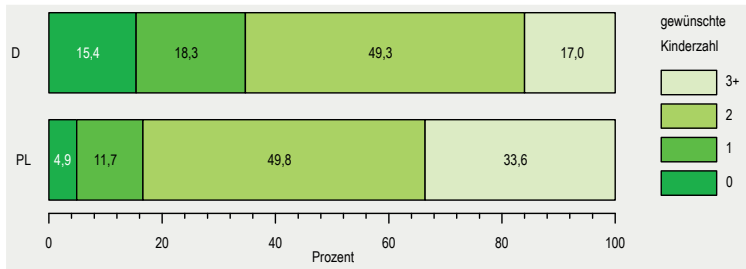
(Deutschland, Österreich, Belgien, Italien) der Kinderwunsch bereits deutlich unter 2 gesunken. Die niedrigste Zahl gewünschter Kinder findet sich in Deutschland, wo sich Frauen nur noch 1,75 Kinder und Männer sogar nur noch 1,59 Kinder wünschen. Das ist der niedrigste Kinderwunsch in den PPAS-Ländern.

Besonderheiten in der Struktur der Kinderwünsche

Die Unterschiede in den durchschnittlichen Kinderwünschen erklären sich aus den besonderen Orientierungen der Befragten auf eine bestimmte Kinderzahl. Hohe Anteile von Wünschen nach 3 und mehr Kindern führen zu einer hohen gewünschten Kinderzahl. Dies ist insbesondere in Zypern, Polen und Finnland der Fall. In Polen wollen ca. 34 % der Frauen

Durchschnittlicher Kinderwunsch und Anteile gewünschter Kinder nach der Parität (in %)

Länder	Kinderwunsch		Kinderwunsch nach der Parität (in %)							
	Frauen	Männer	0		1		2		3+	
			Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Österreich	1,84	1,78	8,2	11,1	32,7	33,5	35,1	34,4	24,0	21,1
Belgien	1,86	1,81	10,4	15,3	22,7	19,6	45,3	43,3	21,5	21,8
Tschechien	1,97	2,02	6,9	6,4	15,0	19,6	58,3	50,4	19,8	23,6
Estland	2,16	2,09	2,6	7,1	16,3	14,1	56,4	53,2	29,9	25,7
Finnland	2,18	2,14	7,5	10,7	14,0	14,4	44,5	41,3	34,0	33,6
Deutschland	1,75	1,59	15,4	22,8	18,3	19,1	49,3	41,1	17,0	16,9
Ungarn	2,19	1,90	3,2	7,7	15,6	20,6	53,7	53,7	27,4	18,0
Italien	1,92	1,86	7,1	9,1	18,9	16,9	53,4	56,9	20,6	17,1
Litauen	2,03	2,16	4,1	4,4	20,7	9,8	53,6	60,0	21,7	25,7
Niederlande	2,13	1,98	12,9	17,5	7,3	5,3	49,2	52,7	30,7	24,4
Polen	2,33	2,29	4,9	9,1	11,7	10,6	49,8	45,8	33,6	34,5
Slowenien	2,01	2,02	2,9	4,7	17,8	14,6	59,2	60,4	20,1	20,3
Zypern	2,36	2,42	0,9	1,6	23,5	27,0	33,6	25,1	42,0	46,2

Struktur des Kinderwunsches in Deutschland und Polen, Frauen (in %)

und Männer 3 oder mehr Kinder haben. In den übrigen Ländern möchte die größte Gruppe zwei Kinder haben. Dies ist besonders ausgeprägt in Tschechien, Estland, Ungarn, Italien, Litauen und in Slowenien. Z.B. entsteht der Kinderwunsch von 2,0 in Slowenien dadurch, dass sich ca. 60 % zwei Kinder wünschen. Der Wunsch nach 3 und mehr Kindern ist dagegen mit 20 % vergleichsweise niedrig. Eine Ausnahme bildet Österreich. Dort ist der Anteil von ersten und zweiten Kindern im Kinderwunsch nahezu gleich.

Gewünschte Kinderlosigkeit ist selten

Der Wunsch kinderlos zu bleiben, ist in der Mehrheit der Länder kaum vorhanden. In aller Regel wollen nur weniger als 10 % keine Kinder haben, oftmals beträgt die gewünschte Kinderlosigkeit weniger als 5 % (Frauen und Männern in Zypern, Slowenien, Litauen; Frauen in Polen,

land wollen 15,4 % der Frauen und 22,5 % der Männer keine Kinder. In den Niederlanden sind es 12,5 und 17,5 % und in Belgien 10,4 und 15,3 %. In diesen Ländern ist das Polarisierungsphänomen in der Familienbildung, die Untergliederung in Kinderlose und denjenigen, die eine Familie gründen, bereits im Kinderwunsch angelegt.

Im Trend wollen Frauen mehr Kinder als Männer

Diese Aussage gilt nicht für alle Länder und oftmals sind die Unterschiede im Kinderwunsch zwischen Frauen und Männern sehr gering. Deutliche Unterschiede finden sich in Deutschland (M: 1,59, F: 1,75) Ungarn (M: 1,90, F: 2,19) und den Niederlanden (M: 1,98, F: 2,13). In Zypern, Litauen und Tschechien ist der Kinderwunsch der Männer höher als der der Frauen.

Ungarn, Estland). Dagegen ist in Westeuropa (Deutschland, Niederlande, Belgien) die gewünschte Kinderlosigkeit auffällig hoch. In Deutsch-

Kinderwunsch und Wirklichkeit fallen auseinander

Insbesondere in den osteuropäischen Transformationsstaaten, in denen der Kinderwunsch noch hoch und das Geburteniveau niedrig ist, klaffen Wunsch und Wirklichkeit weit auseinander. In Ländern wie Deutschland (niedriger Kinderwunsch, niedriges Geburteniveau), Belgien (niedriger Kinderwunsch, mittleres Geburteniveau) oder den Niederlanden (höherer Kinderwunsch, höheres Geburteniveau) fallen die Unterschiede weniger deutlich aus.

Politische Schlussfolgerungen:

Der in vielen Ländern noch relativ hohe Kinderwunsch bietet eine Chance für die europäische Familienpolitik. Werden Kinderwünsche erfüllbarer, können wieder mehr Kinder geboren werden.

Länder mit niedrigem Kinderwunsch stehen vor der Aufgabe, nach Konzepten zu suchen, die zu familienfreundlicheren Einstellungen führen.

Die in einigen Ländern hohe gewünschte Kinderlosigkeit wirft das Problem auf, ob die Familienpolitik noch in der Lage ist, geburtenfördernd zu wirken.

Was spricht gegen Kinder? – Gründe, warum keine Kinder geboren werden

Der am häufigsten genannte Grund - der Kinderwunsch ist erfüllt

Die hohe Bedeutung ist auf drei Ursachen zurückzuführen. Erstens sind auch Frauen befragt worden, die ihre Familienbildungsphase bereits abgeschlossen und ihren Kinderwunsch erfüllt haben. Zweitens ist der Kinderwunsch in einigen

Ländern so niedrig, dass er schnell erfüllt ist. Drittens haben diejenigen, die sich keine Kinder wünschen, diesem Grund eine hohe Wertigkeit gegeben. Die höchste Bedeutung hat dieser Grund in Österreich, Zypern und Rumänien erlangt. Weniger wichtig erschien er den Befragten in Italien, Finnland und den Niederlanden.

Zukunftssorgen verhindern die Erfüllung des Kinderwunsches

In sechs Ländern (Estland, Deutschland, Ungarn, Rumänien, Slowenien, Zypern) sind Zukunftssorgen als der zweitwichtigste Grund dafür angegeben worden, warum man keine Kinder (mehr) möchte. In der Tendenz wird diesem Grund in

Gründe gegen die Geburt von Kindern, Frauen bis 50 Jahre (Mittelwerte*)

Länder	Habe so viele Kinder wie ich möchte	Gesundheitszustand erlaubt es nicht	Ich lebe allein	Nicht mit Berufstätigkeit vereinbar	Müsste Freizeitinteressen aufgeben	Könnte Lebensstandard nicht beibehalten	Ein weiteres Kind verursacht zu hohe Kosten	Mache mir Zukunftssorgen	Könnte Leben nicht mehr so genießen	Selbst oder Partner zu alt	Partner ist dagegen
Österreich	1,41	2,80	2,60	3,04	3,38	2,62	2,84	2,59	3,12	2,08	2,75
Belgien	1,82	2,46	2,49	2,49	-	-	2,97	2,53	3,03	2,36	2,83
Tschechien	1,99	2,12	2,78	3,35	3,85	3,52	3,21	2,61	3,82	2,72	2,68
Estland	1,93	1,50	2,19	2,73	3,72	3,12	1,84	1,91	-	1,96	2,14
Finnland	2,65	3,65	1,84**	4,27	4,38	3,96	4,06	3,54	4,01	2,92	3,47
Deutschland	1,96	3,39	2,07**	3,06	3,38	2,70	2,89	2,55	3,13	3,25	3,21**
Ungarn	1,84	3,65	4,25	4,25	4,55	3,83	3,26	2,56	4,48	3,35	3,72
Italien	3,36	3,90	3,93	3,95	4,00	3,97	3,91	3,95	3,99	3,60	3,98
Litauen	2,36	3,08	3,56	3,69	3,80	3,11	2,92	1,97	3,50	3,59	3,44
Niederlande	2,45	3,14	3,58	3,85	3,86	3,30	3,45	3,15	3,59	2,96	3,21
Polen	2,18	3,05	2,84**	4,08	4,16	3,25	2,71	2,17	3,74	3,37	3,15
Rumänien	1,72	2,87	3,63	3,47	3,72	3,26	2,73	2,35	3,63	3,15	2,72
Slowenien	2,19	2,83	3,44	3,30	3,59	3,14	3,34	2,84	3,69	-	-
Zypern	1,60	2,99	3,83	3,53	3,82	3,53	3,04	2,16	3,67	3,38	3,23

* je niedriger der Mittelwert, desto höher die Bedeutung des Grundes, ** nur Frauen ohne Partner befragt



den Transitionsstaaten Mittel- und Osteuropas ein höheres Gewicht zugewiesen (hohe Wichtigkeit in Estland, Litauen, Zypern und Polen). Dagegen haben Zukunftssorgen in Finnland, Italien und den Niederlanden eine deutlich geringere Bedeutung.

Zu alt für ein weiteres Kind

In fünf Ländern wird das eigene Alter oder das des Partners als zweitwichtigster Grund genannt, der gegen ein (weiteres) Kind steht. Mit Österreich, Belgien, Finnland, Italien und den Niederlanden sind dies Länder, in denen die Familienbildung relativ spät beginnt.

Hohe Kinderkosten begünstigen die Entscheidung gegen Kinder

In Litauen und Polen werden die hohen Kosten, die ein (weiteres) Kind verursachen würde, als zweitwichtigster und in Ungarn als dritt wichtig-

ter Grund angegeben. Für die in Deutschland Befragten spielt in diesem Kontext die Befürchtung eine große Rolle, den Lebensstandard nicht beibehalten zu können (dritt wichtigster Grund). In Österreich, Litauen und Zypern wurde er auf Rangplatz 4 eingestuft. Ein hohes Gewicht wird den Kinderkosten als viertwichtigster Grund auch in Estland, Deutschland, Rumänien und Zypern zugewiesen.

Der Gesundheitszustand erlaubt es nicht

In acht Ländern (Belgien, Finnland, Italien, Litauen, den Niederlanden, Polen, Slowenien, Zypern) wird als dritt wichtigster Hinderungsgrund für die Geburt eines Kindes der Gesundheitszustand genannt. Hier ist ein enger Zusammenhang zur späten Geburt der Kinder zu sehen.

Vereinbarkeitsprobleme sind erst einmal nicht so wichtig

Zukünftig mögliche Vereinbarkeitsprobleme werden bei der Entscheidung gegen ein (weiteres) Kind zunächst als nicht so bedeutsam eingestuft. Lediglich in Belgien rangiert dieser Grund auf Platz 4, erreicht in den anderen Ländern mittlere Rangplätze. Dieses Befragungsergebnis steht nicht dafür, dass die Verbesserung der Bedingungen des Vereinbarens von Familie und Erwerbstätigkeit familienpolitisch bedeutungslos sind.

Darin kommt lediglich zum Ausdruck, dass spätere Vereinbarkeitsprobleme zum Zeitpunkt der Entscheidung für oder gegen ein weiteres Kind noch nicht als sehr wichtig eingestuft werden.

Individualistische Motive sind weniger bedeutsam

Individualistisch deutbare Motive, wie ‚ich könnte das Leben nicht mehr so genießen wie bisher‘ oder ‚ich müsste meine Freizeitinteressen aufgeben‘ besitzen bei der Entscheidung gegen Kinder nur eine untergeordnete Bedeutung. Diese Gründe besitzen in Österreich, Belgien und Deutschland eine höhere Wertigkeit.

Politische Schlussfolgerungen:

Zukunftssorgen sind als wichtiger Grund gegen die Entscheidung für ein weiteres Kind genannt worden. Die Entscheidung für Kinder ist eine langfristig bindende Entscheidung, die wesentlich durch Zukunftsperspektiven für die eigene Familie unterstützt würde.

Viele der Befragten sehen sich als zu alt für die Geburt eines Kindes an. Für die Familienpolitik stellt sich daher als eine wichtige Aufgabe, die Bedingungen zu gestalten, die einen früheren Beginn der Familienbildungsphase ermöglichen.

Zeit oder Geld? – Erwartungen an die Familienpolitik

Eine Kombination von finanzieller Unterstützung und Gestaltung der Arbeitszeiten ist familienpolitisch gewünscht

Die im Durchschnitt aller Länder am häufigsten genannten Maßnahmen sind: Erstens, bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub für berufs-

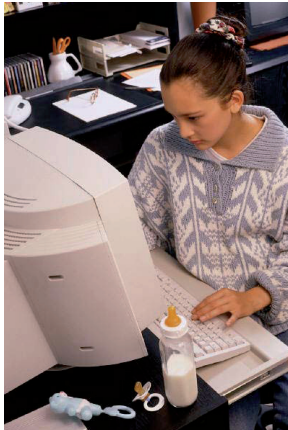
tätige Frauen. Zweitens, niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder. Drittens, mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern mit Kindern und Viertens, flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern.

Befragte in den westlichen Ländern präferieren im Trend eher Maßnahmen, die auf die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit gerichtet sind.

Gewünscht werden insbesondere mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten (Rangplatz 1 in

Präferenzen für mögliche Maßnahmen der Familienpolitik, Frauen und Männer, bis 50 Jahre (Anteil der Antworten ‚dafür‘ und ‚sehr dafür‘, in %)

Länder	Rangplatz 1	%	Rangplatz 2	%	Rangplatz 3	%
Österreich	Mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten	90,5	Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern	88,8	Flexibilisierung der Arbeitszeiten	88,3
Belgien	Mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten	85,2	Flexibilisierung der Arbeitszeiten	80,5	Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern	80,2
Tschechien	Höhere Geburtenbeihilfe	90,5	Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern	87,8	Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub	86,8
Estland	Verringerung der Ausbildungskosten	96,0	Erhöhung des Kindergeldes	94,5	Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub	91,0
Finnland	Flexibilisierung der Arbeitszeiten	82,6	Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern	79,5	Finanz. Hilfe für Fam., die Kinder selbst betreuen	79,3
Deutschl.	Mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten	89,9	Flexibilisierung der Arbeitszeiten	89,3	Bessere Kinderbetreuung für Kinder unter 3 J.	88,5
Ungarn	Verbesserung der Wohnsituation	94,9	Verringerung der Ausbildungskosten	93,7	Erhöhung des Kindergeldes	92,3
Italien	Mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten	89,2	Erhöhung des Kindergeldes	89,2	Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern	88,9
Litauen	Höhere Geburtenbeihilfe	95,9	Finanz. Hilfe für Fam., die Kinder selbst betreuen	95,7	Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub	94,7
Niederlande	Mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten	78,9	Flexibilisierung der Arbeitszeiten	72,0	Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub	71,2
Polen	Einkommensabhängige finanzielle Unterstützung	92,5	Höhere Geburtenbeihilfe	92,2	Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub	91,1
Rumänien	Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern	98,2	Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub	97,9	Verbesserung der Wohnsituation	97,4
Slowenien	Verbesserung der Wohnsituation	97,8	Bessere Kinderbetreuung für Kinder unter 3 J.	97,8	Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub	97,3
Zypern	Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern	95,9	Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub	93,7	Flexibilisierung der Arbeitszeiten	91,5



Österreich, Belgien, Deutschland, Italien und den Niederlanden) und eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten (Rangplatz 1 in Finnland, Rangplatz 2 in Belgien, Deutschland

und den Niederlanden). Nicht übersehen werden sollte bei der Bedeutung der vereinbarkeitsorientierten Maßnahmen, dass finanzielle Unterstützung kaum weniger wichtig ist. Eine niedrigere Lohn- und Einkommenssteuer ist die zweitwichtigste Maßnahme in Österreich und Finnland sowie die drittwichtigste in Belgien und Italien.

In den osteuropäischen Transitionstaaten sind finanzielle Hilfen und eine Verbesserung der Wohnsituation tendenziell wichtiger als vereinbarkeitsorientierte Maßnahmen

Die gewünschten Maßnahmen sind sehr vielfältig. Eine Erhöhung der Geburtenbeihilfen

werden als wichtigste Maßnahme in Tschechien und Litauen gesehen (Rangplatz 2 in Polen). Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern werden in Rumänien bevorzugt (Rangplatz 2 in Tschechien). In Estland wurde die Verringerung der Ausbildungskosten am höchsten bewertet (Rangplatz 2 in Ungarn). Neben dem Wunsch nach finanziellen Transfers wird in Ungarn und Slowenien als bedeutendste Maßnahme die Verbesserung der Wohnsituation (Rumänien Rangplatz 3) gewünscht.

In Osteuropa bestehen höhere Erwartungshaltungen an die Familienpolitik

Generell wurden die möglichen Maßnahmen der Familienpolitik in starkem Maße befürwortet. Der Zustimmungsggrad in den ehemals sozialistischen Ländern übertrifft die Bewertung in den westlichen Ländern nochmals deutlich. Die jeweils als am wichtigsten eingestufte Maßnahme erfährt in Osteuropa durchgängig eine Befürwortung von mehr als 90 %. Die höchste Bewertung erfährt die Senkung der Lohn- und Einkommenssteuern in Rumänien mit 98,2 % Zustimmung. In den westlichen Ländern beträgt das Ausmaß der Befürwortung in aller Regel weniger als 90 %. Auffällig ist, dass in den Niederlanden und auch in Finnland die Befürwortung der Maßnahmen relativ niedrig ist.

Familienpolitik bewirkt vor allem eine leichtere Erfüllung des Kinderwunsches

Gefragt, was die Realisierung der gewünschten Maßnahmen bewirken würde, hat die Mehrheit der Befragten in allen Ländern mit der leichteren Erfüllung des vorhandenen Kinderwunsches geantwortet. Die Zustimmung war in Österreich mit 31,7 % sehr niedrig und in Rumänien mit 89,6 % sehr hoch. Eine wahrscheinliche Entscheidung für ein weiteres Kind wird im Vergleich dazu weniger stark befürwortet. Sie ist mit 5,9 % in Italien sehr niedrig, erreicht aber in einigen Ländern (Estland, Finnland, Rumänien, Litauen) hohe Werte.

Politische Schlussfolgerungen:

Mehr Familienpolitik ist in Europa erwünscht. In den einzelnen Ländern werden dabei ganz unterschiedliche Maßnahmen als wichtig angesehen. Familienpolitik sollte deshalb nicht nur auf einen Weg beschränkt sein. Am wirkungsvollsten dürfte ein Mix aus finanziellen Transfers und Maßnahmen sein, die das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit erleichtern. Solche Maßnahmen helfen den Familien, sie sollten aber nicht mit der Erwartung installiert werden, das Geburtenniveau zu erhöhen.

Vereinbaren oder zu Hause bleiben? – Bevorzugtes Vereinbaren von Familie und Beruf

Der Wunsch, Beruf und Familie zu vereinbaren, ist stark ausgeprägt

Die Mehrheit der in den PPAS-Ländern befragten Frauen wollen Kinder haben und gleichzeitig erwerbstätig sein. Die Anteile derjenigen, die Familie und Erwerbstätigkeit vereinbaren wollen sind in Estland (97,7 %), Rumänien (86,0 %), Belgien (77,7 %) und in Slowenien (76,1 %) sehr hoch. In den Niederlanden (53,4 %) und in Litauen (45,2 %) ist Vereinbaren weniger häufig gewünscht. Litauen ist das einzige Land, in dem das gleichzeitige Vereinbaren beider Lebensfelder keine Mehrheit findet.

Unterschiedliche Vereinbarkeitsmodelle angestrebt

Beim Wunsch nach Vereinbarkeit werden hinsichtlich der Kinderzahl und dem Arbeitszeitregime ganz unterschiedliche Modelle als ideal eingestuft. In Estland, Polen, Rumänien und Zypern möchte die größte Gruppe in Vollzeit beschäftigt sein und 2 Kinder haben; Estland verzeichnet hier mit 55,8 % die höchsten Werte. In Belgien, Deutschland, Italien und den Niederlanden wird häufiger eine Teilzeitbeschäftigung angestrebt. In Italien haben sich 48,1 % für das Modell, Teilzeitbeschäftigung - 2 Kinder entschieden.

Ein Ausstieg aus dem Berufsleben ist wenig populär

Dem klassischen Breadwinner-Homemaker-Modell wollen nur noch sehr wenige Frauen folgen. Beliebter ist demgegenüber der Ausstieg aus dem Erwerbsleben, solange die Kinder klein sind. In Litauen hat sich mit 48,4 % die größte Gruppe der Befragten für dieses Modell entschieden. In Italien (24,0 %), den Niederlanden (22,5 %), Deutschland (21,7 %) und Polen (19,9 %) wird der begrenzte Berufsausstieg am zweithäufigsten genannt. Ebenfalls kaum angestrebt wird Erwerbstätigkeit ohne Kinder.

Ideale des Vereinbarens von Familie und Beruf, Frauen (in %)

Ideale des Vereinbarens		Belgien	Estland	Deutschl.	Italien	Litauen	Niederl.	Polen	Rumänien	Slowenien	Zypern
Vollzeitarbeit	keine Kinder	5,1	1,6	7,9	2,1	2,9	7,3	3,0	5,5	2,6	1,8
Vollzeitarbeit	ein Kind	12,4	6,8	8,1	4,3	5,4	4,7	12,0	27,0	7,8	6,6
Vollzeitarbeit	zwei Kinder		55,7	8,1	6,1	8,2		27,7	34,4	29,4	23,8
Vollzeitarbeit	mehr als zwei Kinder		30,2	2,1	2,6	8,4		11,7	6,0	9,6	
Teilzeitarbeit	keine Kinder	2,0	0,2	1,7	0,7	0,3	6,2	0,4	0,5	1,3	13,7
Teilzeitarbeit	ein Kind	65,3	0,5	12,2	13,7	5,4	48,7	2,9	2,7	3,0	0,7
Teilzeitarbeit	zwei Kinder		2,1	24,1	49,1	16,2		14,2	7,4	17,7	1,1
Teilzeitarbeit	mehr als zwei Kinder		2,3	7,2	7,4	5,9		2,8	12,2	21,5	
Keine Berufstätigkeit, solange die Kinder klein sind		10,9	0,5	21,7	24,0	48,4	22,5	19,9	6,0	16,8	15,6
Überhaupt keine Berufstätigkeit, wenn Kinder da sind		4,0	0,1	4,9		3,3	10,6	5,5	2,1	3,1	5,9

Können erwerbstätige Frauen gute Mütter sein? – Einstellungen zu Frauen im Beruf

Die Ergebnisse zeigen, dass das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit gewünscht, aber nicht durchgehend akzeptiert ist.

Erwerbstätige Mütter können genau so herzlich zu ihren Kindern sein wie nicht Erwerbstätige

Dem wird von der Mehrheit der Frauen und Männer in jedem Land zugestimmt. Besonders hoch ist der Zustimmungsgangrad in Deutschland (88,7 % der Frauen und 83,5 % der Männer), Österreich und den Niederlanden, während dies

in Polen und Estland stärker angezweifelt wird.

Die Aussage, ein Vorschulkind leidet wahrscheinlich unter der Erwerbstätigkeit seiner Mutter, polarisiert

Etwa die Hälfte der Befragten stimmt dieser Aussage zu. Im Vergleich sehr niedrig ist sie in den Niederlanden (21,3 % der Frauen und 31,7 % der Männer), während in Österreich, Ungarn, Italien, Litauen und Polen diese Meinung von mehr als der Hälfte vertreten wird.

Von einem großen Teil wird angenommen, dass das Familienleben unter der Vollzeit-erwerbstätigkeit der Frau leidet

In Litauen, Ungarn und Deutschland sind es mit 69,2 – 52,5 % etwas mehr als die Hälfte, die dieser Ansicht folgen. In Rumänien, Zypern und den Niederlanden vertreten die Auffassung knapp weniger als die Hälfte.

Mehrheitlich nicht akzeptiert ist die Aussage, dass die Hausfrauenrolle genauso erfüllend ist wie Erwerbstätigkeit

Besonders niedrig ist die Zustimmung zu diesem Statement in Rumänien und Litauen. In Italien ist dagegen mit 47,0 % der Frauen und 54,8 % der Männer eine relativ hohe Akzeptanz zu verzeichnen.

Männer stehen im Trend der Rolle der Frau als erwerbstätiger Mutter kritischer gegenüber

Sie vertreten häufiger die Meinung, dass erwerbstätige Frauen ein weniger herzliches Verhältnis zu ihren Kindern haben, die Vorschulkinder unter der Erwerbstätigkeit leiden und erwerbstätig sein genauso erfüllend ist wie Hausfrau sein.

Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen, Frauen und Männer bis 50 Jahre (Zustimmung in %)								
Länder	Beziehung einer erwerbstätigen Mutter zu ihren Kindern ist genau so herzlich wie die einer nicht erwerbstätigen		Ein Vorschulkind leidet wahrscheinlich unter der Erwerbstätigkeit seiner Mutter		Das Familienleben leidet darunter, wenn eine Frau Vollzeit-erwerbstätigkeit ausübt		Hausfrau zu sein, ist genauso erfüllend wie erwerbstätig zu sein	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Österreich	86,6	76,2	57,6	65,0	-	-	41,5	41,3
Estland	57,9	47,9	34,3	44,2	38,4	47,6	35,6	36,7
Deutschland	88,7	83,5	41,9	47,7	54,7	52,5	32,5	35,4
Ungarn	68,2	62,9	50,6	52,7	56,0	57,7	46,5	49,3
Italien	-	-	69,6	70,4	-	-	47,0	54,8
Litauen	68,2	68,4	64,6	57,4	69,2	65,5	26,7	26,7
Niederlande	76,3	70,1	21,3	31,7	45,4	45,6	31,9	32,4
Polen	57,4	53,4	52,4	49,7	-	-	42,6	44,4
Rumänien	68,1	65,9	44,2	41,1	48,5	48,3	16,8	18,8
Zypern	65,8	55,2	49,6	50,8	47,8	47,4	30,2	32,0

Frau, Mann oder Beide? – Einstellungen zu Geschlechterrollen

Weitgehend akzeptiert ist, dass Frau und Mann zum Haushaltseinkommen beitragen

Diese Aussage hat in allen Ländern, in denen sie zu bewerten war, die höchste Zustimmung erhalten. In Rumänien haben 92,1 % mit „ich stimme zu“ bzw. „ich stimme voll und ganz zu“ geantwortet. In Ungarn waren es 88,2 %. Der niedrigste Zustimmungswert mit 77,1 % findet sich in Deutschland.

Die Einstellung, dass erwerbstätige Frauen angesehen sind, ist nicht so weit verbreitet

wie die Akzeptanz des Beitrags der Frauen zum Haushaltseinkommen

Lediglich in Rumänien befürwortet eine geringe Mehrheit von 53,8 % der Befragten diese Aussage. In den übrigen Ländern liegen die Anteile der zustimmenden Antworten in einem Bereich von 41,4 % (Slowenien) bis 32,2 % (Deutschland).

Die klassische Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern - der Mann ist für das Einkommen und die Frau für den Haushalt zuständig - wird nur in Ungarn befürwortet

In Ungarn stimmten diesem Modell der Geschlechterrollen mit 61,2 % ein vergleichsweise hoher Anteil zu. In Polen, Litauen und Rumänien akzeptierten dies mit ca. 45 % bereits weniger als die Hälfte. In Deutschland, Österreich und Estland wird es weitgehend abgelehnt.

Sehr unterschiedliche Einstellungen zur Rolle des Mannes

Keine Zustimmung findet, dass dem Mann die Arbeit wichtiger sein sollte als die Familie. Dies wird nur in Italien mit 41,2 % noch relativ stark

Zustimmung zu Aussagen über die Rollen von Frauen und Männern, Frauen und Männer bis 50 Jahre (stimme voll und ganz zu und stimme zu, in %)

Länder	Mann und Frau sollten zum Haushaltseinkommen beitragen	Aufgabe des Mannes ist Geld verdienen, Frau kümmert sich um Familie	Es ist nicht gut, wenn der Mann zu Hause bleibt und die Frau arbeiten geht	Familienleben leidet, wenn sich Männer zu sehr auf Arbeit konzentrieren	Für einen Mann sollte Arbeit wichtiger als die Familie sein	Frauen, die arbeiten, sind sehr angesehen
Österreich	78,7	34,1	29,6	69,3	5,8	-
Estland	88,2	30,6	34,5	82,2	4,8	38,8
Deutschland	77,1	23,2	25,2	61,7	6,9	38,9
Ungarn	80,1	61,2	56,3	75,6	8,3	32,2
Italien	-	-	41,1	73,3	41,2	-
Litauen	82,0	45,8	40,7	59,9	7,2	34,1
Niederlande	-	-	7,9	39,4	2,8	32,6
Polen	78,4	46,4	42,6	61,4	5,4	39,1
Rumänien	92,1	44,4	83,9	39,1	10,9	53,8
Slowenien	-	-	-	-	10,0	41,4



bejaht. In den übrigen PPAS-Ländern bestehen deutlich ablehnende Haltungen.

Anerkannt wird, dass das Familienleben leidet, wenn sich die Männer zu sehr auf die Arbeit konzentrieren. Mit den Ausnahmen Slowenien und Polen, wo mit 39 % eine niedrige Zustimmung zu verzeichnen ist, bejaht die Mehrheit der Befragten diesen Sachverhalt. Die höchste Zustimmung wurde in Estland mit 82,2 % und in Ungarn mit 75,6 % gefunden.

Sehr weit auseinander fallen die Meinungen dazu, ob der Mann zu Hause bleiben und die Frau arbeiten gehen sollte. In den Niederlanden ist das stark akzeptiert – nur 7,9 % finden, dass

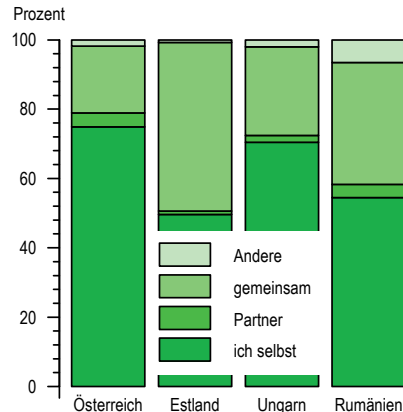
dies nicht gut ist. In Rumänien und Ungarn ist das zu Hause bleiben des Mannes kaum akzeptiert. 83,9 % bzw. 56,3 % finden das Modell „Frau allein erwerbstätig“ nicht gut.

Wer macht was im Haushalt? – Die Verteilung der Hausarbeit

Die Aufteilung der Hausarbeit wird aus der Sicht der Frauen betrachtet. Nach deren Angaben sind sie es in erster Linie selbst, die die Hausarbeit erledigen. In Österreich sagten 74,9 % der Frauen, dass sie die Hausarbeit allein verrichten. Ebenfalls sehr hoch ist dieser Anteil in Ungarn mit 70,4 %. Auch in Estland und Rumänien wird

der Hauptteil der Hausarbeit von den Frauen erledigt. Allerdings ist in diesen Ländern die Aufteilung der Hausarbeit zwischen Frauen und Männern partnerschaftlicher. In Estland gaben 48,7 % an, die Hausarbeit gemeinsam zu erledigen. In Rumänien waren es 35,2 %, in Ungarn 25,6 % und in Litauen 23,6 %. Dass Männer überwiegend für die Hausarbeit zuständig sind, ist in allen Ländern selten. Ca. 4 % der befragten Frauen in Österreich und Rumänien gaben an, dass ihre Partner überwiegend für die Hausarbeit zuständig sind. In Estland, Ungarn und Litauen waren es sogar nur 1 – 2 %.

Aufteilung der Hausarbeit, Frauen (in %)



Politische Schlussfolgerungen:

Hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter werden von den Regierungen die Verbesserung der Bedingungen in drei Bereichen erwartet: Erstens dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer für die gleiche Arbeit auch die gleiche Bezahlung erhalten. Zweitens, bessere Bedingungen für die Frauenerwerbstätigkeit zu schaffen und drittens eine Politik zu betreiben, die es den Männern erleichtert sich an der Hausarbeit und der Kinderbetreuung zu beteiligen.

Was ist wichtig im Leben? – Wertorientierungen

Harmonische Partnerschaft genießt die höchste Wertschätzung

In fast allen Ländern ist dieser Lebensbereich als der Wichtigste eingestuft worden. Ausnahmen bilden Ungarn (genügend Geld/Einkommen haben) und Polen (nahestehenden Menschen Sicherheit bieten). Am höchsten bewertet wurde das Führen einer harmonischen Partnerschaft in Zypern, Ungarn und Tschechien. In Zypern haben 99 % der Befragten mit sehr wichtig oder

wichtig geantwortet. Die vergleichsweise niedrigste Bewertung findet sich in Slowenien, aber auch dort haben 96,6 % die Kategorien wichtig oder sehr wichtig gewählt.

Nahestehenden Menschen Sicherheit bieten ist der am zweithöchsten bewertete Bereich

In fünf Ländern ist diese Wertorientierung auf Rangplatz 2 gesetzt worden (Estland, Finnland, Ungarn, Slowenien, Zypern). In Tschechien

und Deutschland rangiert genügend Geld/Einkommen auf Platz 2 der Werte.

Arbeit als wichtiger Lebensbereich

Die Zufriedenheit mit der Arbeit erreichte in sechs Ländern den dritten Platz unter den Wichtigkeitsurteilen (Tschechien, Estland, Deutschland, Ungarn, Litauen, Polen, Zypern). Ausnahmen bilden Polen (in einem schönen Haus leben) und Slowenien (genug Zeit für sich selbst haben).

Wertorientierungen von Frauen und Männern bis 50 Jahre (Mittelwerte*)

Länder	Genug Zeit für sich selbst haben	Mit Partner in Harmonie leben	Nahestehenden Sicherheit bieten	Außerhalb der Familie anerkannt sein	Genug Zeit für Freunde haben	Genügend Geld/Einkommen haben	Mindestens einmal im Jahr Urlaub haben	In einem schönen Haus leben	Nach Selbstverwirklichung streben	Mann und Frau verdienen eigenes Geld	Mit der Arbeit zufrieden sein
Belgien	1,76	1,38	-	1,87	-	-	-	-	-	-	-
Tschechien	1,88	1,31	1,83	2,15	2,33	1,43	1,74	1,84	2,00	2,07	1,46
Estland	2,15	1,44	1,68	2,15	2,53	1,87	2,28	2,04	2,03	2,10	1,54
Finnland	2,08	1,48	1,69	2,62	2,20	2,00	-	2,24	2,26	-	-
Deutschland	1,73	1,47	1,74	2,10	1,93	1,63	2,18	2,37	2,32	2,58	1,57
Ungarn	2,56	1,30	1,22	1,71	2,42	1,19	1,57	1,51	1,73	2,00	1,51
Litauen	1,90	1,45	1,65	1,86	2,42	1,36	1,56	1,97	2,23	2,01	1,53
Polen	1,79	1,47	1,45	1,90	2,24	1,42	1,77	1,47	1,98	1,97	1,65
Slowenien	1,70	1,49	1,55	2,14	2,14	1,78	1,80	2,28	1,79	2,15	-
Zypern	1,60	1,22	1,40	1,44	2,08	1,43	1,73	1,88	1,94	2,17	1,33

* je niedriger der Mittelwert, desto wichtiger ist der Lebensbereich, Bewertung nach einer fünfstufigen Skala von sehr wichtig bis sehr unwichtig

Materielle Orientierungen sind weniger bedeutsam

Auf mittlere Rangplätze eingestuft wurden Dinge wie ‚genügend Geld/ Einkommen haben‘, ‚mindestens einmal im Jahr Urlaub machen‘ und ‚in einem schönen und geräumigen Haus leben‘. Allerdings bestehen zwischen den Ländern größere Differenzierungen. In Ungarn sagten 84,7 %, dass dies sehr wichtig ist. In Finnland waren es 22,7 %.

Individualistisch geprägte Werte nehmen hintere Rangplätze ein

Orientierungen wie ‚genug Zeit für sich selbst und seine Interessen haben‘, ‚genügend Zeit für Freunde haben‘ und ‚nach Selbstverwirklichung streben‘ sind im Vergleich zu anderen Werten deutlich weniger wichtig. In Deutschland waren es beispielsweise 19,4 %, die ‚nach Selbstverwirklichung streben‘ mit sehr wichtig bewertet haben. Nur 7,8 % der Befragten in Estland haben bei ‚genug Zeit für Freunde haben‘ mit sehr wichtig geantwortet.

Die Verwirklichung der meisten Werte hängt nicht von der Kinderzahl ab

Insbesondere die Verwirklichung der Werte ‚mit seinem Partner in Harmonie zusammenleben‘, ‚außerhalb der Familie anerkannt sein‘ und ‚mit der Arbeit zufrieden sein‘ werden weitgehend als unabhängig von der Kinderzahl eingestuft. In Tschechien, Ungarn, Litauen und Polen ist am

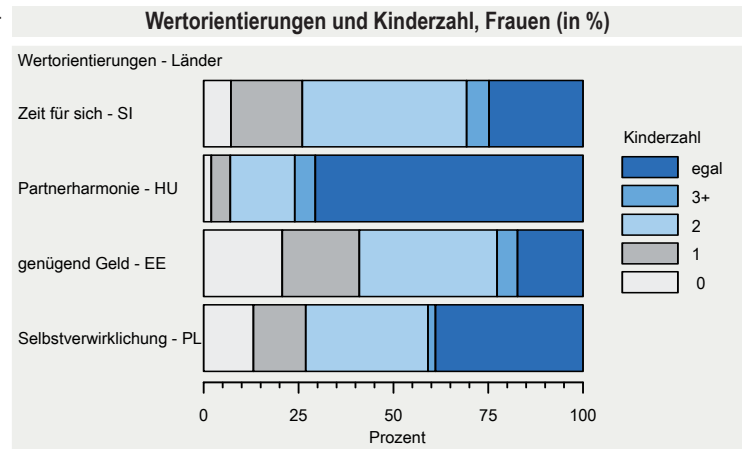
häufigsten geantwortet worden, dass die Verwirklichung nicht von der Kinderzahl abhängt.

Wird die Verwirklichung der Werte nicht als unabhängig von der Kinderzahl gesehen, dann sind die Befragten der Auffassung, dass man sie mit zwei Kindern verwirklichen kann

Zwei Kinder als Obergrenze sind häufig genannt worden im Zusammenhang mit ‚genug Zeit haben für sich und die eigenen Interessen‘, ‚genug Geld/Einkommen haben‘ und ‚genug Zeit für Freunde haben‘. In Estland, Deutschland, Italien und Slowenien wird die Werteverwirklichung seltener als von Kindern unabhängig gesehen.

In einigen Fällen geht die Verwirklichung der Werte mit einem stärkeren Wunsch nach Kinderlosigkeit einher

Wenn man genügend Geld/Einkommen und Zeit für sich und Freunde haben möchte, dann wird



relativ häufig gesagt, dass dies am besten ohne Kinder machbar ist. Insbesondere in Deutschland wurde diese Antwort häufig gegeben. So sagten 27,4 %, dass man genügend Einkommen nur bei Kinderlosigkeit erzielen kann.

Nur sehr wenige der Befragten denken, dass die vorgegebenen Wertorientierungen auch mit 3 oder mehr Kindern realisierbar sind

Der Anteil derjenigen, die 3 und mehr Kinder für möglich halten, ist in aller Regel mit Werten um 5 % sehr niedrig. Lediglich in Zypern ist der Anteil mit 10 – 20 % vergleichsweise hoch.

Besorgnis über den demographischen Wandel? – Bewertung des Alterns

Das demographische Altern, das auch im Anstieg des Anteils der über 65-Jährigen an der Bevölkerung zum Ausdruck kommt, wird als ungünstiger Trend gesehen

In allen Ländern mit Ausnahme Belgiens ist der Anteil der Befragten, die das demographische Altern negativ bewerten, höher als 50 %. In Tschechien, Deutschland, Estland, Polen und Litauen haben ca. 70 % negativ gewertet. Insbesondere in Polen mit einem hohen Anteil der Antwort ‚sehr schlecht‘ besteht eine stark negative Sicht auf das Altern. In Rumänien und insbesondere in Belgien wird der Trend deutlich seltener mit schlecht oder sehr schlecht beurteilt.

Bewertung des steigenden Anteils der über 65-Jährigen an der Bevölkerung, bis 50 Jahre (in %)

Länder	schlecht	sehr schlecht
Belgien	38,7	9,1
Tschechien	45,4	28,3
Estland	46,6	24,1
Deutschland	42,8	29,6
Italien	58,4	
Litauen	43,2	26,7
Niederlande	48,3	16,7
Polen	38,9	32,6
Rumänien	41,5	17,6

Wer soll sich um die älteren Menschen kümmern? – Generationensolidarität

Der Gesellschaft wird eine hohe Verantwortung bei der Pflege älterer Menschen zugewiesen

Zwischen 95,2 % (Österreich) und 61,8 % (Estland) sind der Auffassung, dass sich die Gesellschaft durch das Bereitstellen von angemessenen Institutionen und Diensten um die Betreuung älterer Menschen kümmern sollte. In Österreich und Slowenien sind die Erwartungshaltungen an die Gesellschaft bei der Betreuung Älterer in besonderem Maß ausgeprägt.

Auch die Kinder werden bei der Pflege Älterer in der Pflicht gesehen

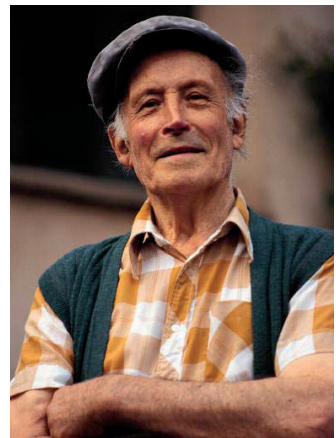
Sehr häufig wird der Aussage zugestimmt, dass sich die Kinder um ihre alten Eltern kümmern sollen. Den Kindern wird bei der Pflege aber weniger Verantwortung als der Gesellschaft

zugewiesen. Lediglich in Polen, Rumänien und Litauen ist der Anteil der Zustimmung mit 90,1 %, 87,4 % und 85,5 % sehr hoch. In Finnland besteht mit 31,6 % Zustimmung dagegen kaum die Auffassung, dass sich die Kinder um die älteren Menschen kümmern sollen.

Angehörigen wird weniger Zuständigkeit bescheinigt

Die Zustimmung zu der Aussage ‚es ist die Pflicht der Angehörigen, sich um die älteren Menschen zu kümmern‘ ist niedriger als bei der Verantwortung der Gesellschaft und der Kinder der Fall war. Nur in Polen ist der Anteil der zustimmenden Antworten mit 80,2 % sehr hoch. Den Kindern und auch der übrigen Familie wird eine höhere Zuständigkeit als der Gesellschaft bei der Pflege zugewiesen. In den

übrigen Ländern ohne Tschechien wird eher die Gesellschaft verantwortlich gemacht.



Mit alten Eltern zusammenwohnen ist nicht immer gewünscht

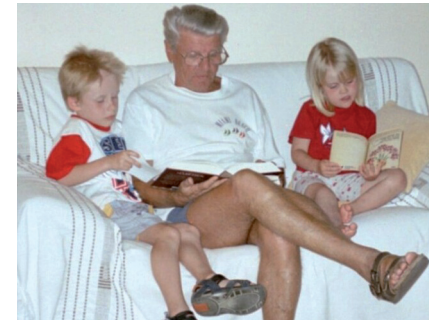
Die Bereitschaft, alte Eltern bei sich wohnen zu lassen, ist nur in einigen der PPAS-Länder ausgeprägt. Der Antwortvorgabe ‚wenn meine Eltern alt sind und sich die Notwendigkeit ergibt, würde ich sie bitten, bei mir zu wohnen‘, fand in Rumänien (85,9 %), Polen (85,1 %) und Litauen (82,9 %) hohe Zustimmung. Eine relativ ausgeprägte Distanz findet sich in Deutschland (16,4 % Zustimmung) und in Belgien (23,5 %).

Die Rolle der Sandwichgeneration wird in der Mehrheit der Länder angenommen

Dass man sich nicht auch noch um alte Eltern kümmern sollte, wenn kleine Kinder da sind, findet kaum Anklang. Die Zustimmung dazu befindet sich in Litauen (6,6 %), Slowenien (8,2 %), Estland (8,9 %) und Rumänien (12,9 %) auf sehr niedrigem Niveau. In Belgien und Finnland zeigen hohe Anteile von 46,3 bzw. 43,5 % zustimmender Antworten, dass eine Doppelbelastung von Eltern- und Kinderbetreuung weniger Akzeptanz findet.

Der Generationenzusammenhalt ist vorhanden

Darauf weisen die niedrigen Anteile an Zustimmung für die Statements ‚ältere Menschen sollten in Altersheimen leben‘ und ‚es ist nicht



Aufgabe der Kinder, sich um ihre alten Eltern zu kümmern‘. Die höchsten Werte sind jeweils mit 17,7 und 23,8 % in Finnland zu verzeichnen.

Zuständigkeit für die Pflege älterer Menschen (stimme voll und ganz zu und stimme zu, in %)

Länder	Gesellschaft durch Bereitstellen von Diensten	Alte sollten in Seniorenheimen leben	Pflicht der Angehörigen, sich zu kümmern	Alte nur in Seniorenheimen, wenn keine Familie da ist	Sind Eltern alt, bitte ich sie, bei mir zu wohnen	Kinder sollen sich um die alten Eltern kümmern	Bei kleinen Kindern keine Betreuung Älterer	Nicht Aufgabe der Kinder, sich um alte Eltern zu kümmern
Österreich	95,2	8,0	62,0	70,3	67,2	74,4	18,5	-
Belgien	-	-	-	36,4	23,5	-	46,3	-
Tschechien	67,9	12,9	67,6	62,4	79,6	70,7	23,4	10,3
Estland	61,8	8,4	19,4	51,9	42,9	57,5	9,1	11,2
Finnland	84,3	17,7	19,4	38,3	42,7	31,6	43,5	23,9
Deutschland	84,4	14,6	67,8	47,9	16,4	73,5	21,5	14,8
Litauen	81,9	8,5	34,5	79,1	82,9	85,8	6,6	5,8
Polen	65,3	6,1	80,2	67,9	85,1	90,1	32,4	9,3
Rumänien	85,5	5,3	64,0	57,0	85,9	87,4	12,8	7,6

Ins Heim gehen oder zu Hause bleiben? – Bevorzugte Lebensformen im Alter

Mit Hilfe zu Hause bleiben ist die am häufigsten gewünschte Lebensform im Alter

Wenn im Alter der Haushalt nicht mehr allein bewältigt werden kann, dann möchte man dennoch mit regelmäßiger Hilfe zu Hause bleiben. 64 – 88 % der Befragten haben sich für ein solches Modell entschieden.

Hilfe der Kinder am wichtigsten

In erster Linie sollte die Unterstützung im Haushalt von den Kindern oder der Familie geleistet werden. Daten sind für acht Länder verfügbar.

In fünf Ländern wurde diese Betreuungsform im Alter als Wichtigste gewählt (Tschechien, Litauen, Polen, Rumänien, Slowenien). Als besonders wichtig wird sie in Polen und Rumänien angesehen, wo sich 60,2 bzw. 53,0 % für diese Lebensform entschieden haben. In den drei übrigen Ländern wurde ‚zu Hause bleiben mit Hilfe der Kinder/Familie‘ auf Rangplatz 2 eingestuft. Als am wichtigsten erachtet wurden in Österreich und Estland eine Kombination von ‚professioneller Hilfe und Unterstützung der Kinder‘ und in Deutschland das ‚zu Hause bleiben nur mit pro-

fessioneller Hilfe‘. Mit Ausnahme Deutschlands und Österreichs steht in allen übrigen Ländern der Wert professioneller Hilfe deutlich unter dem der Hilfe von den Kindern oder der Familie.

Relativ hohe Bedeutung von Seniorenheimen in einigen Ländern

Neben der außerordentlich hohen Bewertung der verschiedenen Betreuungsformen zu Hause besitzt ‚das Leben in Seniorenheimen‘ in drei Ländern eine relativ hohe Bedeutung. 18,9 % in Slowenien, 11,0 % in Österreich und 10,8 % in

Deutschland präferieren diese Lebensform im Alter.

Das Zusammenwohnen mit den Kindern ist kaum wichtig

Lediglich in Litauen besitzt das Zusammenziehen mit den Kindern mit 13,7 % eine vergleichsweise hohe Bedeutung. In den anderen Ländern ist dies kaum gewünscht.

Bevorzugte Lebensformen im Alter, wenn der Haushalt nicht mehr allein zu bewältigen ist (in %)

Bevorzugte Lebensformen	Österreich	Tschechien	Estland	Deutschland	Litauen	Polen	Rumänien	Slowenien
Zu Hause mit professioneller Hilfe	21,8	12,9	10,9	30,1	8,5	8,4	9,5	9,8
Zu Hause mit regelmäßiger Hilfe der Kinder/Familie	18,8	23,3	17,0	21,3	35,5	60,2	53,0	34,2
Zu Hause mit regelmäßiger Hilfe der Kinder und professioneller Hilfe	27,6	17,8	41,4	29,3	16,3	14,0	12,6	14,1
Zu Hause, aber mit einem der Kinder oder Verwandte zusammenziehen	5,2	10,1	4,8	-	9,6	5,3	10,0	5,9
In einem altersgerechteren Haus	7,0	9,2	9,9	-	3,5	2,2	2,9	6,3
Bei einem der Kinder im Haus wohnen	2,5	4,6	1,8	4,2	13,7	3,5	5,5	4,6
Ein Haus mit Kindern oder Freunden teilen	2,4	2,9	0,3	1,9	1,8	2,5	2,1	1,8
Im Zimmer einer Pension	2,2	12,2	10,4	-	5,2	0,7	0,2	4,1
In einem Seniorenheim	11,0	6,6	2,9	10,8	2,8	3,2	4,0	18,9

Werden Ältere geschätzt und gebraucht? – Einstellungen zu älteren Menschen

Die Menschen in den PPAS-Ländern sind nicht altenfeindlich eingestellt

Obwohl die demographische Alterung als negativer Trend angesehen wird, ist die Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft positiv bewertet worden. Alle Aussagen, in denen eine Ablehnung älterer Menschen zum Ausdruck kommt, haben dagegen kaum Zustimmung gefunden.

Die Gesellschaft sollte die Rechte und Probleme älterer Menschen stärker berücksichtigen

Die diesen Sachverhalt zum Ausdruck bringenden Aussagen haben in allen Ländern die höchste Zustimmung erfahren. Mit der Ausnahme Tschechien (Rangplatz 2) ist in allen übrigen Ländern dem Statement „Die Gesellschaft sollte die Probleme der älteren Menschen berücksichtigen“ am häufigsten zugestimmt worden. Mehr als 90 % der Befragten haben in diesem Sinn geantwortet. Eine nur wenig niedrigere Akzeptanz hat die „stärkere Berücksichtigung der Rechte älterer Menschen“ gefunden. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind dabei außerordentlich gering.

Das Wissen und die Erfahrungen älterer Menschen sind geschätzt

Ein sehr großer Teil der Befragten ist der Auffassung, dass jüngere Menschen vom Wissen und der Erfahrung der Älteren profitieren können. In Litauen ist dem am zweithäufigsten und in Tschechien, Estland, Rumänien und Slowenien am dritthäufigsten zugestimmt worden. Der Zustimmungswert befindet sich in einem Bereich von 81,1 % (Estland) und 91,3 % (Polen). Die Aussage, dass Ältere Dank der großen Erfahrung wichtig für die Gesellschaft sind,

Bewertung von Aussagen über die Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft (stimme voll und ganz zu und stimme zu, in %)

Länder	Dank der großen Erfahrung sind Ältere wichtig für die Gesellschaft	Ältere gewährleisten die Aufrechterhaltung von Traditionen	Jüngere können von der Erfahrung und dem Wissen Älterer profitieren	Gesellschaft sollte Rechte älterer Menschen berücksichtigen	Gesellschaft sollte Probleme älterer Menschen berücksichtigen	Ältere sind eine ökonomische Belastung	Ältere Menschen sind ein Hindernis für Veränderungen	Ältere Menschen sind eine Last für die Gesellschaft	Ältere sind eine wichtige Quelle für emotionale Unterstützung
Österreich	90,7	84,3	89,6	91,3	92,9	-	17,2	9,2	72,2
Tschechien	81,3	71,4	81,6	90,3	89,8	13,5	6,4	6,8	75,5
Estland	65,4	69,0	81,1	86,2	91,6	19,2	9,9	14,1	65,6
Deutschland	89,5	75,2	90,1	92,3	92,8	19,9	15,9	10,5	71,1
Litauen	75,8	80,7	87,8	87,2	91,4	11,0	9,1	6,6	74,8
Polen	92,2	89,3	91,3	92,9	93,7	5,0	4,7	4,4	75,9
Rumänien	84,8	88,3	85,3	95,3	94,9	19,3	11,4	7,1	52,1
Slowenien	84,9	84,0	86,7	93,0	93,4	13,8	15,8	10,0	73,6

findet in Polen (92,2 %) und Österreich (90,7 %) eine sehr hohe Akzeptanz. In Litauen (75,8 %) und Estland (65,4 %) ist dies deutlich weniger der Fall.

Ältere stehen für das Aufrechterhalten von Traditionen

Dieser Auffassung sind ca. 80 % der Befragten. Relativ niedrig ist die Zustimmung in Estland (69,0 %), Tschechien (71,4 %) und Deutschland (75,2 %). Dagegen sind in Polen (89,3 %), Rumänien (88,3 %), Österreich (84,3 %) und in Slowenien (84,0 %) deutlich höhere Akzeptanzwerte zu verzeichnen.

Die Rolle Älterer als Quelle für emotionale Unterstützung wird differenzierter gesehen

Im Vergleich zu den vorherigen Aspekten ist der Anteil ablehnender Antworten höher. Allerdings stimmt noch weit mehr als die Hälfte dieser Aussage zu. Höhere Werte mit über 70 % Zustimmung finden sich in Polen, Tschechien, Litauen, Slowenien, Österreich und Deutschland. Insbesondere in Rumänien (52,1 %) und auch in Estland (65,6 %) wird die Rolle Älterer als Quelle emotionaler Unterstützung stärker angezweifelt.

Negative Statements über ältere Menschen werden nur von Minderheiten anerkannt



Zu bewerten waren drei verschiedene Aussagen, die für eine stark negative Sicht auf die Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft stehen (Ältere sind ein Hindernis für Veränderungen, Ältere sind eine Last für die Gesellschaft, Ältere sind eine ökonomische Belastung). In allen Ländern hat sich die Mehrheit der Befragten diesen Aussagen nicht angeschlossen.

Die häufigste Zustimmung ist noch hinsichtlich der Meinung zu verzeichnen, dass Ältere eine ökonomische Belastung sind. In Deutschland stimmten mit 19,9 % die meisten zu, gefolgt von Rumänien (19,3 %) und Estland (19,2 %). Am striktesten abgelehnt wird dies in Polen mit einem Anteil zustimmender Antworten von nur 5 %.

Noch stärker ist die Ablehnung der Meinung „Ältere sind ein Hindernis für Veränderungen“. Die höchste Akzeptanz findet die Aussage noch in Österreich mit 17,2 %, wiederum in Deutschland mit 15,9 % und in Slowenien mit 15,8 %. Am häufigsten abgelehnt wird, dass „ältere Menschen eine Last für die Gesellschaft“ sind. Der Zustimmungsgrad ist überaus niedrig in Polen (4,4 %), Litauen (6,6 %) und Tschechien (6,8 %). Höhere Werte findet man in Estland, Deutschland und Slowenien.

Politische Schlussfolgerungen:

Ältere Menschen werden in der Gesellschaft positiv gesehen. Der Zusammenhalt zwischen den Generationen ist intakt. Ältere wollen Unterstützung durch ihre Kinder. Das Zurückgreifen auf institutionelle Hilfe ist nur akzeptiert, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt. Die jüngere Generation scheint bereit, die gewünschte Hilfe auch zu leisten. Bei der Unterstützung älterer Menschen spielt also der familiäre Kontext eine große Rolle. Für die Politik ist es daher wichtig, die Familien bei der Realisierung der Generationensolidarität zu unterstützen.

Was kann für Ältere getan werden? – Gewünschte Maßnahmen

Verbesserung der Bedingungen für Gesundheit ist für ältere Menschen am wichtigsten

Die am häufigsten genannten Maßnahmen für ältere Menschen sind die Verbesserung des Gesundheitswesens und der Ausbau der ambulanten Pflegedienste. Eine verbesserte Ausrichtung des Gesundheitswesens auf die Erfordernisse Älterer wurde in Tschechien, Deutschland, Litauen und Polen am häufigsten genannt. In Estland und Slowenien wurde diese Maßnahme auf Rangplatz 2 und in Belgien auf Rangplatz 3 gesetzt. Eine besonders häufige Nennung erfuhr diese Maßnahme in Polen, Litauen und Deutschland. Der Ausbau der ambulanten Pflegedienste

ist den Befragten in Belgien und Slowenien am wichtigsten.

Ältere sollen länger arbeiten

Älteren Menschen ermöglichen, nach dem Eintritt in den Ruhestand weiter zu arbeiten, hat insbesondere in Estland, wo sie mit 54,4 % außerordentlich häufig genannt wurde und in Rumänien (38,4 %) eine hohe Zustimmung erfahren. Relativ wichtig ist eine solche Maßnahme auch in Litauen, Deutschland und Belgien (Rangplatz 2).

Die Rolle der Familie bei der Betreuung älterer Menschen stärken

Die bisherigen Ergebnisse haben gezeigt, dass



der Zusammenhalt zwischen den Generationen ausgeprägt ist. Daher verwundert es nicht, dass Regelungen, die die Familie in die Lage versetzen, bessere Pflegeleistungen zu erbringen (wie z.B. ein Pflegeurlaub zur Betreuung älterer Familienangehöriger) so wichtig sind. Die

Schaffung solcher Bedingungen ist in Tschechien und Polen zweit- und in Litauen und Deutschland dritt-wichtigste Maßnahme.

Die altersgerechte Gestaltung der Umwelt (Gebäude, Gehwege, Begegnungsorte schaffen) besitzt kaum Bedeutung.

Bewertung möglicher Maßnahmen für ältere Menschen (in %)

Maßnahmen	Belgien	Tschechien	Estland	Deutschland	Litauen	Polen	Rumänien	Slowenien
Ihnen ermöglichen, als Rentner zu arbeiten	18,5	17,5	57,4	18,9	27,4	16,3	38,4	-
Gebäude und Gehwege altersgerecht gestalten	5,4	5,1	3,2	5,3	0,6	3,2	5,0	7,0
Mehr Orte schaffen, an denen Ältere zusammenkommen können	2,9	5,1	9,0	7,2	9,0	5,0	12,5	12,7
Das Gesundheitswesen verbessern	17,9	24,5	13,5	27,9	31,0	32,6	22,5	22,2
Ambulante Pflegedienste ausbauen	29,7	11,1	7,2	12,1	6,5	11,0	12,0	23,9
Mehr Betreuungseinrichtungen für Ältere	12,3	13,9	4,0	10,8	5,4	9,6	3,3	17,8
Familien ermöglichen, die Betreuung Älterer zu übernehmen	13,3	22,8	5,7	17,8	20,1	22,3	6,3	16,7

Wann in Rente gehen? – Erwartetes und bevorzugtes Renteneintrittsalter

Früher Beginn des Rentenalters bevorzugt

In allen Ländern bevorzugen die Befragten vor dem 60. Lebensjahr in Rente zu gehen. Die Differenzen zwischen den Ländern sind dabei relativ groß. Die niedrigsten gewünschten Renteneintrittsalter bestehen mit 52,3 Jahren bzw. 53,5 Jahren in Slowenien und Polen. Generell ist das bevorzugte Renteneintrittsalter in den ehemals sozialistischen Ländern niedriger als in den „westlichen“ Ländern. Mit Werten um 55 Jahren ist es auch in Rumänien, Litauen und Tschechien

niedrig. Am höchsten ist der bevorzugte Eintritt in das Rentenalter in Deutschland und den Niederlanden. Die Ostdeutschen bevorzugen durchschnittlich mit 59,3 Jahren Rentner zu werden, die Westdeutschen mit 59,0 Jahre. In den Niederlanden findet sich ein ähnlicher Werte (59,1 Jahre).

Nach 65 möchte kaum noch jemand arbeiten

Nur wenige der Befragten ziehen es vor, auch nach dem 65. Lebensjahr noch erwerbstätig

zu sein. Der höchste Wert wurde mit 5,0 % für die Niederlande gefunden. Der niedrigste Wert besteht mit 0,7 % in Slowenien.

Späterer Eintritt in das Rentenalter wird erwartet.

Das tatsächliche Alter, in dem erwartet wird, Rentner zu werden, ist in allen Ländern freilich höher als das bevorzugte Alter. Wiederum erreicht es in Deutschland mit 64,3 bzw. 64,2 Jahren die höchsten Werte. Höher als 60 Jahre

ist es auch noch in Finnland, Litauen und den Niederlanden. In den übrigen PPAS-Ländern beträgt es knapp unter 60 Jahren. Die größte Differenz zwischen bevorzugten und erwarteten Alter gibt es in Litauen mit 7,2 Jahren, die niedrigste in den Niederlanden.

Bevorzugtes und erwartetes Renteneintrittsalter (in %, Medianalter)										
Renteneintrittsalter	Österreich	Tschechien	Deutschland (O)	Deutschland (W)	Finnland	Litauen	Niederlande	Polen	Rumänien	Slowenien
Erwartetes Renteneintrittsalter										
Bis zum Alter 55	10,1	9,9	1,9	3,8	6,6	9,4	8,3	31,1	38,9	22,1
Zwischen 56 und 60 Jahren	43,8	49,9	22,5	23,1	36,3	42,2	28,6	44,0	38,2	39,6
Zwischen 61 und 65 Jahren	36,6	33,5	66,8	62,5	52,8	42,0	55,8	24,2	20,9	36,1
Nach dem Alter 65	9,4	6,7	8,8	10,5	4,4	6,4	7,2	0,6	2,0	2,3
Medianalter	59,9	59,7	64,3	64,2	62,1	60,0	61,6	59,4	59,0	59,5
Bevorzugtes Renteneintrittsalter										
Bis zum Alter 55	46,0	49,0	25,4	28,6	34,0	52,5	34,0	65,7	70,5	73,8
Zwischen 56 und 60 Jahren	43,3	39,6	55,7	49,8	48,8	38,3	43,0	27,9	23,6	20,3
Zwischen 61 und 65 Jahren	8,0	9,1	17,1	18,9	14,4	7,0	18,0	5,7	4,8	4,9
Nach dem Alter 65	2,7	2,3	1,8	2,7	2,8	2,2	5,0	0,7	1,0	1,0
Medianalter	57,0	55,4	59,4	59,3	59,0	54,9	59,1	53,5	54,2	52,3

Wie die Renten sichern? – Akzeptierte Maßnahmen

Bereitschaft zur Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge vorhanden

In sechs von zehn Ländern wird eine Anhebung der Beiträge zur Rentenversicherung am häufigsten als Maßnahme genannt, damit der Staat auch in Zukunft die Rentenversicherungssysteme finanzieren kann. Dazu gehören Finnland, Litauen, die Niederlande, Polen, Rumänien und Slowenien.

Abschaffung der Frühverrentungsprogramme wichtig

In den übrigen vier Ländern (Belgien, Tschechien, Estland und Deutschland) steht das Abschaffen der Frühverrentungsprogramme an erster Stelle. Dies wird mit 45,2 % Zustimmung besonders häufig in Belgien befürwortet.

Anhebung des Rentenalters ist akzeptiert

In einigen Ländern ist auch der Anhebung des Rentenalters als Maßnahme (Estland, Finnland, Rumänien Rangplatz 2, Niederlande, Polen Rangplatz 3) stärker zugestimmt worden. Eine Verringerung der Rentenhöhe oder die Kinder stärker verantwortlich machen, findet kaum Akzeptanz.

Kinder stärker bei der Rentenhöhe berücksichtigen

Die Rentenhöhe von der Anzahl der Kinder abhängig machen ist als Rentensicherungsmaßnahme in Deutschland, Litauen und Polen als zweitwichtigste und in Belgien, Tschechien, Estland und Slowenien als dritt wichtigste Maßnahme genannt worden.

Politische Schlussfolgerungen:

Die Anhebung des Rentenalters und die Abschaffung von Frühverrentung werden in den meisten europäischen Ländern als wirkungsvolle Maßnahmen zur Sicherung der Renten eingeschätzt. Auf der anderen Seite liegt das persönlich bevorzugte Renteneintrittsalter in allen Ländern unter 60 Jahren. Das erwartete Alter liegt allerdings i.d.R. über 60 Jahre. Man kann hieraus schließen, dass in der Bevölkerung realistische Vorstellungen bestehen und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit Akzeptanz findet, auch wenn dies nicht dem persönlichen Wunsch, früher in Rente zu gehen, entspricht.

Bevorzugte Maßnahmen zur Sicherung der Renten (in %)

Maßnahmen	Belgien	Tschechien	Estland	Finnland	Deutschland	Litauen	Niederlande	Polen	Rumänien	Slowenien
Anhebung des Rentenalters	9,2	12,2	21,9	27,9	15,0	9,6	16,3	9,3	26,1	10,9
Frühverrentungsprogramme abschaffen	45,2	30,9	25,6	15,2	33,6	24,3	35,4	2,3	16,4	
Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge	26,5	26,6	18,2	39,3	12,0	28,7	37,1	38,9	30,0	38,7
Verringerung der Rentenhöhe	5,3	2,6	3,4	5,9	8,8	2,0	5,0	2,7	4,2	5,3
Kinder zwingen, die Eltern finanziell zu unterstützen	3,2	6,5	9,6	3,9	2,7	7,6	1,2	7,8	12,0	2,6
Rentenhöhe in Abhängigkeit von der Kinderzahl	10,7	21,1	21,2	7,9	20,8	27,7	5,0	21,0	11,4	18,3

Worum sollten sich Regierungen kümmern? – Erwartungen und Zuweisungen

Der Staat wird in erster Linie bei einer angemessenen Gesundheitsversorgung für alle in der Verantwortung gesehen

In allen Ländern wurde der Staat am häufigsten für die Gesundheitsversorgung in hohem Maße verantwortlich gemacht. Eine Ausnahme bildet Rumänien, wo die Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Leute als noch wichtiger angesehen wurde.

Am zweithäufigsten wird dem Staat Verantwortung für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für junge Menschen zugewiesen

Dieses Aufgabengebiet ist in Belgien, Deutschland, Ungarn, Litauen, den Niederlanden, Polen, Rumänien und Slowenien auf Rangplatz zwei gesetzt worden.

Betreuung und Hilfe für ältere Menschen wird im Trend ebenfalls als eine wichtige Aufgabe des Staates angesehen

Dies gilt allerdings nicht für alle Länder gleichermaßen. In Tschechien und Finnland wird nach der Gesundheitsversorgung der gesellschaftliche Bereich ‚Betreuung ältere Menschen‘ dem Staat als zweitwichtigste Aufgabe zugewiesen. In Belgien, den Niederlanden, Polen, Rumänien und Zypern ist es als drittwichtigstes Aufgabengebiet eingestuft worden.

Wichtige Rolle des Staates in einigen Ländern in einzelnen Lebensbereichen

Für die Befragten in Finnland fällt die Schaffung

angemessenen Wohnraums in hohem Maße in die Verantwortung des Staates (Rangplatz 3). In Deutschland und Litauen spielen verbesserte Vereinbarkeitsbedingungen von Familie und Beruf für Frauen eine wichtige Rolle und in Ungarn und Slowenien ist es die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit.

Das Ausmaß der zugeschriebenen Verantwortung unterscheidet sich stark

In Belgien, Deutschland, Ungarn, Rumänien und Zypern ist der Ruf nach dem Staat ausgeprägter als in Tschechien, den Niederlanden und Rumänien.

Verantwortung der Regierung für verschiedene Lebensbereiche (in hohem Maße verantwortlich, in %)

Maßnahmen	Belgien	Tschechien	Finnland	Deutschland	Ungarn	Litauen	Niederlande	Polen	Rumänien	Slowenien	Zypern
Betreuung und Hilfe für alte Menschen	41,7	24,8	24,6	41,1	24,5	26,2	13,5	19,4	51,0	11,6	27,9
Ausreichender Wohnraum für jedermann	-	15,8	24,1	32,2	21,8	22,6	-	14,8	44,2	10,2	23,4
Förderung der Berufstätigkeit von Frauen	-	16,7	8,2	35,9	32,2	15,7	3,5	18,4	40,8	12,2	21,4
Bessere Vereinbarkeitsmöglichkeiten von Familie und Beruf für Frauen	35,6	17,8	12,6	41,8	30,5	30,8	5,8	17,3	40,7	9,1	24,9
Bessere Vereinbarkeitsmöglichkeiten von Familie und Beruf für Männer	20,2	8,5	10,7	31,3	18,9	19,6	5,4	10,8	30,9	7,5	14,7
Dafür sorgen, dass junge Leute einen Arbeit finden	59,6	18,9	18,6	66,6	53,8	45,2	15,1	28,6	70,4	20,0	42,4
Angemessene Gesundheitsversorgung für jedermann	60,8	45,0	55,4	69,3	79,0	54,7	48,4	40,1	66,3	25,0	63,0

Die Partnerinstitutionen der Population Policy Acceptance Study

Österreich

Vienna Institute of Demography
Prinz-Eugen-Str. 8
1040 Wien

Belgien

Centrum voor Bevolkings- en Gezinsstudie
Markiesstraat 1
1000 Brussels

Tschechien

Department of Sociology
School of Social Studies
Gorkeho 7
602 00 Brno

Charles University
Economic and Regional Geography
Albertov 6
12843 Praha 2

Estland

Estonian Interuniversity. Population
Research Centre
PO Box 3012
10504 Tallinn

Finnland

Population Research Institute
PO Box 849
Iso Roobertinkatu 20-22A
00101 Helsinki

Deutschland

Federal Institute for Population Research
Postfach 5528
65180 Wiesbaden

Ungarn

Demographic Research Institute
Angol út 77
1145 Budapest

Italien

Istituto di Ricerche sullo Popolazione e le
Politiche Sociali
Via Nizza 128
00198 Roma

Litauen

Demographic Research Centre
Institute for Social Research
Saltoniskiu 58
LT-08105 Vilnius

Niederlande

Stichting Nederlands Interdisciplinair
Demografisch Instituut
Lange Houtstraat 19
2502 AR The Hague

Polen

Warsaw School of Economics
Institute of Statistics and Demography
Al. Niepodleglosci 162
02-554 Warsaw

Rumänien

Institute of Marketing and Polls (IMAS)
44 Sf. Apostoli
70634 Bucharest, Sector 5

Slowenien

Institute of Medical Sciences at SRC SASA
PO Box 306
Gosposka 13
1001 Ljubljana
Institute for Economic Research
PO Box 2606
Kardeljeva pl. 17
1000 Ljubljana

Zypern

Inter College
46 Makedonitissas Ave.
P.O. Box 24005
1700 Nicosia

PSPC

Population and Social Policy Consultants
Dragana Avramov
Robert Cliquet
Maria Louizasqare 33/b2
1000 Brussels

weitere Informationen:

<http://www.bib-demographie.de/ppa/Main.htm>